

1131/AB XXIV. GP

Eingelangt am 29.04.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Justiz

Anfragebeantwortung



DIE BUNDESMINISTERIN
FÜR JUSTIZ

BMJ-Pr7000/0069-Pr 1/2009

An die

Frau Präsidentin des Nationalrates

W i e n

zur Zahl 1132/J-NR/2009

Der Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Walter Rosenkranz und weitere Abgeordnete haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Kostenaufkommen für medizinische Behandlung von Haftinsassen in Österreich“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1:

Haftinsassen in österreichischen Gefängnissen sind nicht krankenversichert. Auch Insassen, die zum Zeitpunkt des Haftbeginns über einen aufrechten Krankenversicherungsanspruch verfügten, können keine Leistungen aus der Krankenversicherung beanspruchen, weil deren allfällige Leistungsansprüche gemäß § 89 Abs. 1 ASVG ruhen, und zwar

1. in der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung, solange der Anspruchsberechtigte oder sein Angehöriger (§ 123 ASVG), für den die Leistung gewährt wird, eine Freiheitsstrafe verbüßt oder in den Fällen der §§ 21 Abs. 2, 22 und 23 des Strafgesetzbuches, BGBI. Nr. 60/1974, in einer der dort genannten Anstalten angehalten wird, und
2. in der Krankenversicherung überdies für die Dauer der Untersuchungshaft.

Zu 2:

Gemäß § 71 Abs. 2 des Strafvollzugsgesetzes hat die Kosten, die für die gesundheitlich bedingte Unterbringung von Haftinsassen in öffentlichen Krankenanstalten anfallen, das Bundesministerium für Justiz zu tragen. Da das Bundesministerium für Justiz kein Versicherter im Sinne eines Sozialversicherungsgesetzes ist, werden dem Bundesministerium für Justiz für derartige Behandlungen die jährlich durch Verordnung der Länder festgelegten Tarife verrechnet. Diese Tarife werden allen Personen, die unversichert sind, in Rechnung gestellt und sind dementsprechend hoch im Vergleich zu den Tarifen, die von den Sozialversicherungsträgern zu bezahlen sind. „Privatpatienten“ im Sinne von Personen, die grundsätzlich krankenversichert sind, aber zusätzlich noch eine private Krankenzusatzversicherung abgeschlossen haben, die ihnen im Krankheitsfall über den Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung hinaus Zusatzleistungen ermöglicht, sind Insassen österreichischer Justizanstalten nicht. Ihnen sind nach den gesetzlichen Bestimmungen die nötigen medizinischen Leistungen zu ermöglichen.

Zu 3 bis 17 und 22:

Die Beantwortung dieser Fragen, gegliedert nach den von der Anfrage vorgegebenen Unterscheidungskriterien (U-Haft, Strafhaft in Verbindung mit einer Aufgliederung in einzelnen Justizanstalten), ist entweder gar nicht oder nur mit einem unvertretbar hohen Verwaltungsaufwand möglich, weil die elektronische Datenbank nicht nach den abgefragten Kriterien abfragbar ist.

Ich schließe dieser Anfragebeantwortung eine Aufstellung der Kosten für die Jahre 1999 bis 2008 in Form von Gesamtsummen als Beilage an.

Zu 18:

Der Anteil an Generika der in Österreich inhaftierten Insassen insgesamt verabreichten Medikamenten betrug im Jahre

2005:	27 %
2006:	31 %
2007:	37 %
2008:	41 %

Zu 19:

Im Jahr 2008 wurden 24.000 Euro an Kosten für Organtransplantationen aufgewendet; in den Jahren davor fielen keine Kosten an.

Zu 20:

Die jährlichen Kosten für Chemotherapien betrugen in den Jahren:

2005:	91.369,86 Euro
2006:	169.027,63 Euro
2007:	150.701,99 Euro
2008:	186.593,40 Euro

Zu 21:

An Kosten für die Behandlung von in österreichischen Gefängnissen inhaftierten, drogenabhängigen Insassen wurden im Jahre

2005:	915.399,91 Euro
2006:	1.208.436,35 Euro
2007:	1.456.236,38 Euro
2008:	1.559.701,97 Euro

aufgewendet.

Zu 23 bis 24:

Kostspielige Behandlungen mussten wegen HIV und Hepatitis C Erkrankungen durchgeführt werden. Eine Differenzierung nach den jeweiligen einzelnen Behandlungen wäre nur mit einem unvertretbar hohen Verwaltungsaufwand möglich gewesen. Die Gesamtjahressummen belaufen sich auf:

2005:	2.526.863,32 Euro
2006:	2.761.509,04 Euro
2007:	2.741.023,83 Euro
2008:	3.035.724,04 Euro

Zu 25 und 26:

Die Kosten für die medizinische Betreuung von Insassen wurden aus dem Managementinformationssystem (MIS) erhoben, wobei Auswertungen aus dem MIS (erst) ab dem Kalenderjahr 2006 möglich sind. Auswertungen für das Jahr 2005 wären nur mit einem unvertretbar hohen Verwaltungsaufwand möglich gewesen, weshalb davon Abstand genommen werden musste.

Die Kosten für Ärzte, Psychiater und Krankenpflegedienst in den Justizanstalten belaufen sich für das Jahr 2006 auf 5.941.507,56 Euro, für das Jahr 2007 auf 6.055.693,06 Euro und für das Jahr 2008 auf 6.519.386,34 Euro.

Die Kosten für den pädagogischen, psychologischen und sozialen Dienst sowie für Seelsorger belaufen sich für das Jahr 2006 auf 7.443.610,83 Euro, für das Jahr 2007 auf 7.695.532,89 Euro und für das Jahr 2008 auf 7.996.724,32 Euro.

Zu 27 bis 29:

Um die Kosten im Bereich des Gesundheitswesens des Straf- und Maßnahmenvollzugs zu senken, beabsichtige ich, in einem Zeitraum von 3 bis 5 Jahren folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Im Maßnahmenvollzug gemäß § 21 Abs. 1 StGB soll die interne Belagsmöglichkeit sukzessive erweitert werden. Ein erster Schritt dazu ist die im heurigen Jahr erfolgende Realisierung des Projekts „Asten“, bei dem 90 Belagsplätze für diese Vollzugsform zusätzlich geschaffen werden. Diese Belagsplätze werden vorwiegend mit Maßnahmeninsassen aus den psychiatrischen Krankenhäusern belegt werden.
- Bemühungen um eine Einbeziehung von Insassen von Justizanstalten in die gesetzliche Krankenversicherung haben sich als nicht zielführend erwiesen, um die derzeitigen Probleme des Straf- und Maßnahmenvollzuges auf diesem Gebiet zu mindern. Ich werde daher eine gesetzliche Erweiterung der derzeitigen Möglichkeit zur Zuteilung eines (arbeitsverunfallten) Insassen zur Betreuung an einen Sozialversicherungsträger auch auf die Zeit der Anhaltung in der Haft oder Maßnahme zur Diskussion stellen, und zwar analog zu § 77 Abs. 4 StVG, wonach bei Arbeitsunfällen Insassen im Falle ihrer Entlassung der Gebietskrankenkasse des Wohnsitzes zugeteilt werden

können (ähnlich HVG, KOVG, OFG und VOG). Dadurch würde das Bundesministerium für Justiz künftig in die Lage versetzt werden, für die externe Behandlung von Insassen vor allem in Öffentlichen Krankenanstalten nur mehr den niedrigeren Sozialversicherungstarif bezahlen zu müssen.

- Beim Arzneimittelverbrauch werde ich ein permanentes, jährliches Controlling einführen.
- Bei den Drogensubstitutionsmitteln wird der Weg der Beschaffung über BBG-Ausschreibungen fortgesetzt und diese Mittel nicht nur über Apotheken, sondern direkt über die Hersteller dieser Substanzen bezogen, um auch in diesem Bereich weitere Kostensenkungen zu erreichen.,

. April 2009

(Mag. Claudia Bandion-Ortner)

Kosten im "Gesundheitssystems des Straf- und Maßnahmenvollzuges" im Vergleich 2007 zu 2008					
Leistung	VAP	2007 Jaen	2008 Jaen	2007 Zentralk.	2008 Zentralk
Psy.KH (21/1+429) incl. Pav. 23	1-303*8-7281-902	24.721.758,64	25.506.768,16	6.944.091,36	7.497.174,71
Allgm.KH (stationär+ambulant)	1-303*8-7281-901	8.765.506,70	8.770.206,70	9.364,30	4.663,83
Summe KH/PKH stat.		33.487.265,34	34.276.974,86	6.953.455,66	7.501.838,54
Steig z Vorjahr in % *		15,08	2,36	-29,56	7,89
Ärztl. Beh. - Arzt,FA,ZA,Ambulatorien	1-303*8-7270-900	3.409.157,37	3.277.009,95	61.476,63	103.715,31
Summe ext.med.Beh		36.896.422,71	37.553.984,81	7.014.932,29	7.605.553,85
Steig z Vorjahr in % *		12,91	1,78	-30,36	8,42
		43.911.355,00	45.159.538,66		
Bezüge Ärzte,Psychiater,Psychologen**		7.244.731,60	7.462.073,55	0,00	0,00
Bezüge Pflegepersonal **		3.945.775,50	4.064.148,77	0,00	0,00
Zahnersatz	1-303*8-4031-901	72.430,94	81.031,52	1.030,06	0,00
Medikamente	1-303*8-4580-000	7.867.799,96	8.192.260,73	430.751,04	0,00
Körperersatzteil;Heilbeh	1-303*8-4035-902	215.624,33	176.976,39	-0,33	0,00
Summe int.med.Vers		19.346.362,33	19.976.490,95	431.780,77	0,00
Steig z Vorjahr in %		7,22	3,26	77.060,20	-100,00
		19.778.143,10	19.976.490,95		
Med. Versorgung insgesamt EURO		56.242.785,04	57.530.475,76	7.446.713,06	7.605.553,85
Steig z Vorjahr in %		100,00	2,29	159,68	2,13

Entwicklung der Kosten im "Gesundheitssystem des Straf- und Maßnahmenvollzuges" im Zeitraum 1999 - 2007

Leistung	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Psy.KH (21/1+429) incl. Pav. 23	10.466.524	10.549.011	12.616.431	15.267.505	17.764.224	18.359.172	22.756.571	31.164.294	31.665.850
Allgm.KH (stationär+ambulant)	6.107.993	4.781.690	6.147.606	6.648.150	6.753.084	6.930.234	7.653.474	7.806.728	8.774.871
Summe KH/PKH stat.	16.574.517	15.330.701	18.764.037	21.915.655	24.517.308	25.289.406	30.410.045	38.971.022	40.440.721
Anstieg seit 1999 in %	100,00%	-7,50%	13,21%	32,22%	47,92%	52,58%	83,47%	135,13%	143,99%
Steig z Vorjahr in % * *	23,66	-7,50	22,40	16,80	11,87	3,15	20,25	28,15	3,77
Ärztl. Beh. -Arzt,FA,ZA,Ambulatorien	2.334.316	2.003.327	2.039.147	2.577.300	3.251.829	3.628.583	3.725.130	3.778.422	3.470.634
Summe ext.med.Beh	18.908.833	17.334.028	20.803.184	24.492.955	27.769.137	28.917.989	34.135.175	42.749.444	43.911.355
Anstieg seit 1999 in %	100,00%	-8,33%	10,02%	29,53%	46,86%	52,93%	80,53%	126,08%	132,23%
Steig z Vorjahr in % * *	21,37	-8,33	20,01	17,74	13,38	4,14	18,04	25,24	2,72
Bezüge Ärzte,Psychiater,Psychologen**	1.891.969	5.858.891	6.040.094	6.226.901	6.419.486	6.618.027	6.822.708	7.033.720	7.244.732
Bezüge Pflegepersonal **	1.901.222	3.190.990	3.289.681	3.391.423	3.496.313	3.604.446	3.715.924	3.830.850	3.945.776
Zahnersatz	165.993	109.024	94.297	116.418	106.826	106.856	86.762	82.249	73.461
Medikamente	2.681.051	2.762.056	3.056.996	3.497.820	4.171.546	5.089.700	5.289.797	6.958.868	8.298.551
Körperersatzteil;Heilbeh	67.591	81.415	87.009	72.364	124.525	100.238	127.074	138.065	215.624
Summe int.med.Vers	6.707.826	12.002.376	12.568.077	13.304.926	14.318.696	15.519.267	16.042.265	18.043.752	19.306.815
Anstieg seit 1999 in %	100,00%	78,93%	87,36%	98,35%	113,46%	131,36%	139,16%	169,00%	187,83%
Steig z Vorjahr in %	7,67	78,93	4,71	5,86	7,62	8,38	3,37	12,48	7,00
Med. Versorgung insgesamt EURO	25.616.659	29.336.404	33.371.261	37.797.881	42.087.833	44.437.256	50.177.440	60.793.196	63.218.170
Anstieg seit 1999 in %	100,00%	14,52%	30,27%	47,55%	64,30%	73,47%	95,88%	137,32%	146,79%
Steig z Vorjahr in %	17,46	14,52	13,75	13,26	11,35	5,58	12,92	21,16	3,99

* Für die Prognose wurde der durchschnittliche Prozentsatz der Steigerungen zum Vorjahr, von den Jahren 1999 bis 2007, zur Brechnung herangezogen.

** Für die Prognose bei den Bezügen für die Ärzte, Psychiater, Pfleger, usw. wurden Steigerung zum jeweiligen Vorjahr mit 3% herangezogen.